



JHA

über die
4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 27.11.2012
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:38 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Petra Hartig
Herr Heiko Klanke
Frau Ursula Müller
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

DIE LINKE / GAL

Frau Gabriele Lenkenhoff

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Hans-Jörg Brand
Frau Susanne Hartmann
Herr Bernhard Krüger
Herr Herbert Ritter
Herr Johannes W. Schurgacz

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 1 AG-KJHG

Herr Mehmet Akca
Herr Reiner Brüggemann
Frau Nicole Dombrink
Herr Gerhard Peske
Herr Marc Westerhoff

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt

Frau Christina Fiegler

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. m der Satzung für das Jugendamt
Frau Heike Schaumann

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker
Herr Klaus Güldenhaupt
Herr Jörn Tautz

Entschuldigt fehlten

Herr Dr. Ingo Arndt
Frau Kathrin Bohn
Frau Marion Dyduch
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Friedhelm Kock
Frau Sigrid Köhler
Herr Martin Kusber
Herr Detlef Maidorn
Frau Annette Mann
Frau Gertrud Sändker

Frau **Scharrenbach**, die stellvertretend für die erkrankte Vorsitzende Frau Dyduch die Sitzung leitete, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse, die Verwaltung und die Gäste. Einleitend schlug sie vor, den Tagesordnungspunkt 4 der Sitzung ersatzlos zu streichen und nachdem keine weiteren Wünsche und Anregungen zur fristgerecht zugegangenen Tagesordnung ergingen, eröffnete sie die Sitzung.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Produkthaushalt 2013	
2	Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII - KJHG)	110/2012
3	Prüfung zur Einrichtung eines Familienbüros hier: Antrag der SPD-Fraktion	
4	Verschiedenes	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Produkthaushalt 2013

Zum Tagesordnungspunkt schlug Frau **Scharrenbach** vor, ihn in den beiden Teilen „Fragerunde“ und „Stellungnahmen“ zu bearbeiten.

Herr **Klanke** ging auf die ausführlichen Darstellungen des Produkthaushaltes ein, die der Einladung beigelegt waren und regte an, dass die im Band 1 des Haushaltes so nicht beinhalteten Darstellungen zukünftig mit ausgeliefert werden sollten.

Nachdem keine weiteren Fragen und Stellungnahmen zum Top ergingen, ließ Frau **Scharrenbach** hierzu abstimmen.

Der Produkthaushalt 2013 wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 2. 110/2012

Gemeinsame Richtlinien der Jugendämter im Kreis Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII - KJHG)

Zur Vorlage des Tagesordnungspunktes 2 stellte Frau **Scharrenbach** fest, dass diese sehr ausführlich sei. Nachdem auch hierzu keine Fragen oder Wortmeldungen benannt wurden, ließ sie abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuches VIII in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Prüfung zur Einrichtung eines Familienbüros
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Klanke** führte für die SPD – Fraktion aus, dass der vorliegende Beschlussvorschlag / Prüfauftrag „Familienbüro“ bewusst offen formuliert worden sei und so die Chance einer Serviceeinrichtung für viele Belange von Familien im Jugendamt präjudiziere.

Die Schaffung eines solchen Familienbüros sei auch dazu geeignet, die Hemmschwelle zu Angeboten des Jugendamtes abzubauen und die Kooperation mit freien Trägern zu fördern, deren Einbindung im Antrag bewusst formuliert sei.

Frau **Schaumann** wies darauf hin, dass in der Familienbande / im Familiennetzwerk Kamen e.V. ein ähnliches, niedrighwelliges Angebot auch in Zusammenarbeit mit externen Fachleuten gut vorstellbar sei.

Bei gegebenen Problemen wäre eine sofortige Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend jederzeit gegeben und hinsichtlich der Finanzierungsfrage / der Etablierung einer ½ Stelle Familienhebamme (ca. 25T€) sei hier eine bessere, aktive Hilfe möglich.

Frau **Möller** erinnerte an die letzte Sitzung des Ausschusses im September, in der das Thema Familienhebammen diskutiert worden war und verwies auf die auslaufende Förderung der Familienhebammen durch den Kreis, weswegen sie die Schaffung einer neuen Stelle Familienhebamme begrüßte. Sie erkundigte sich nach den Kosten einer solchen Stelle bzw. eines Familienbüros und hinterfragte, ob dort in Anbindung auch weitere Angebote (z.B. ein Kinder- und Jugendbüro) geplant seien.

Herr **Brüggemann** führte hierzu aus, dass für das Jahr 2013 ca. 25 T€ vom Land zu erwarten seien. Zur Verortung dieser Stelle sei eine offene Prüfung auch unter dem Gesichtspunkt der Einrichtung eines Familienbüros erforderlich. Insofern betonte er, dass die evtl. Einrichtung eines Familienbüros mit Blick auf die Angebote und Leistungsfähigkeit weiterer freier Träger nicht in der Einrichtung der Familienbande zu erwarten sei.

Frau **Scharrenbach** verwies auf das Netzwerk Frühe Hilfen und benannte hierzu Förderbeträge von ca. 17 T€ für das Jahr 2012 und ca. 25 T€ für das Jahr 2013.

Herr **Weber** stellte heraus, dass die Angliederung eines evtl. Familienbüros sehr wohl im Bereich der Familienbande vorstellbar sei und dass hierdurch auch dem Subsidiaritätsprinzip entsprochen würde.

Herr **Brüggemann** erinnerte daran, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag um einen Prüfauftrag zur Einrichtung eines Familienbüros handeln würde. Demnach sei zuerst eine Struktur zu schaffen, bei der dann auch Freie Träger beteiligt werden könnten. Für das Frühjahr 2013 kündigte er hierzu einen Bericht im JHA an.

Herr **Klanke** betonte nochmals, dass der Antrag ergebnisoffen formuliert worden und das die Koordination früher Hilfen unter Einbindung und mit dem Einverständnis der freien Träger intentioniert sei.

Frau **Schaumann** sprach sich für die Delegation des Angebotes an freie Träger aus und favorisierte die Schaffung einer Stelle Familienhebamme.

Herr **Ritter** betonte die Wichtigkeit der Beteiligung aller Träger und schlug vor, ein niederschwelliges Angebot für alle Stadtteile zu prüfen, da er davon ausgehe, dass Angebote vor Ort / in den einzelnen Sozialräumen besser und eher genutzt würden.

Herr **Dunker** bestätigte die Wichtigkeit des qualitativen Aufbaus der Struktur eines Familienbüros, dessen Angebote für alle Stadtteile gleichberechtigt vorgehalten werden sollen. Er wünschte sich eine hohe Trägerbeteiligung, um deren vielfältige Angebote nutzen zu können.

Frau **Lenkenhoff** hob den offenen Prüfauftrag der Verwaltung hervor und betonte, dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel passend verwandt werden sollen. Hierzu verwies sie insbesondere auf die Auslastung des Personals in dem Bereich. Sie gab zu bedenken, dass ein Angebot, das nicht nach „einem Amt“ aussähe, vorteilhaft bzw. gut sei.

Frau **Hartig** ging auf die Anregung von Frau Lenkenhoff ein und ergänzte, dass ein entsprechendes und ansprechendes Büro unterschwellige Ängste bei BürgerInnen nehmen könnte. Sie regte an, dies und die Beteiligung der freien Träger bei der Prüfung zu bedenken.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich danach, ob die Verwaltung für das laufende Jahr bereits einen Musterantrag mit Konzept zur Förderung gestellt habe.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass Herr Dunker einen Antrag bereits formuliert und auf den Weg gebracht habe.

Frau **Scharrenbach** bat darum, die Unterlagen dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.
(Hinweis: siehe auch Auszug aus der Antragstellung / Anlage)

Der Prüfauftrag wurde bei der folgenden Abstimmung ohne Ergänzungen bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Zum schriftlichen Antrag der CDU – Fraktion „Ausgleich der Einnahmeausfälle durch die Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr durch das Land NRW“ führte Herr **Güldenhaupt** aus, dass er zum Thema bereits im JHA berichtet habe. Die Stadt habe für das Kindergartenjahr 2011 / 2012 rd. € 329.000,00 erhalten und für 2012 / 2013 seien € 324.000,00 eingepplant.

Dies entspreche rd. 17,5% der Kindpauschalen für die 3 – 6jährigen Kinder, beinhalte aber nicht sonstige Leistungen, die erbracht werden. Das bedeute, dass der Anteil rd. 15% an den Gesamtbetriebskosten ausmache.

Herr Güldenhaupt erläuterte die Finanzierung anhand von 2 Folien „Finanzierungsanteile“ und „Anlage zu § 189 KiBiz“ (Anlage).

Zum Abschluss der Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde Herr Güldenhaupt verabschiedet, der Ende Dezember 2012 nach 46 Dienstjahren bei der Stadt Kamen in den Ruhestand geht.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

gez. Scharrenbach
stellv. Vorsitzende

gez. Brüggemann
Schriftführer